

Vorlagenummer: 0244/2025
Vorlageart: Anfrage
Status: öffentlich

Gewaltprävention an Schulen

Eingereicht am:

Gestellt von:

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
---------	--------------------------	-----------------------

Sachverhalt

1. An wie vielen Schulen in Hagen gibt es Gewaltpräventionsprogramme bzw. entsprechende Arbeitsgemeinschaften? Wir bitten um eine konkrete Auflistung der Schulen mit solchen Maßnahmen.
2. Inwieweit wird dazu das Förderprogramm „Allgemeine Schulsportgemeinschaft/Aufwandsentschädigungen für die Leitung von Allgemeinen Schulsportgemeinschaften“ in Anspruch genommen? (<https://www.schulsport-nrw.de/schule-und-sportverein/schulsportgemeinschaften.html>)
3. Inwieweit ist das Thema „Gewalt an Schulen“ in Besprechungen, z.B. zwischen Schulleitungen und Schulverwaltung, Thema? Gibt es zur Bearbeitung des Themas wiederkehrende Tagesordnungspunkte oder thematische Jours-Fixes?
4. Gibt es eine zentralisierte Erfassung von Vorfällen an Schulen durch die Schulverwaltung, eine Meldepflicht oder ein entsprechendes Monitoring? Wenn ja, welche Erkenntnisse gibt es? Wenn nein, warum nicht?
5. Wie oft wurde in den letzten zwei Jahren Rat am Ring zur Aufarbeitung von Vorfällen an Schulen hinzugezogen?
6. Wie oft wurde in den letzten zwei Jahren das Jugendamt zu konkreten Vorfällen eingeschaltet?
7. Gibt es Einschätzungen der Verwaltung zur Dunkelziffer?
8. Wie erhalten betroffene Schülerinnen und Schülern bzw. Eltern im Bedarfsfall Hilfe und wie werden Hilfsangebote kommuniziert?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Begründung:

Durch Gespräche mit Eltern und die öffentliche Berichterstattung entsteht der Eindruck, dass es an Hagener Schulen immer häufiger zu Gewalt unter Schülerinnen und Schülern kommt. Vorfällen reichen von Mobbing über physische Gewaltanwendungen bis zu verschiedenen Formen von sexuellen Übergriffen.

Diese Eindrücke decken sich mit aktuellen wissenschaftlichen Erhebungen. So wurden z.B. im „Barometer Bildungswelt 2024“ der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) Lehrkräfte gezielt zu entsprechenden Vorfällen befragt: „Die Umfrage zeigt, dass psychische Gewalt wie Beschimpfungen, Beleidigungen und Mobbing weit verbreitet ist. Fast alle Lehrkräfte (98 Prozent) berichten von solchen Vorfällen im letzten Schuljahr. Körperliche Gewalt wie Schläge und Tritte sind ebenfalls ein Problem, wenn auch etwas weniger häufig. Besonders besorgniserregend ist, dass ein Drittel der Lehrkräfte angibt, wöchentlich mit Fällen von psychischer Gewalt konfrontiert zu sein.“ Es wird zudem davon ausgegangen,

dass die Zahl der Vorfälle in den letzten Jahren stark angestiegen ist: „Mehr als die Hälfte der Lehrkräfte (56 Prozent) beobachtet eine Zunahme psychischer Gewalt nach der Corona-Pandemie. Als Gründe werden vor allem der Konsum problematischer Medien und persönliche Faktoren wie mangelnde Empathie genannt.“ (1)

Die FDP-Ratsgruppe hatte bereits in der Vergangenheit mehrmals Anfragen zu Präventionsprogrammen gestellt und dazu nur oberflächlich Auskunft erhalten. Wir nehmen die oben genannten Erkenntnisse daher zum Anlass erneut um detaillierte Auskunft zu bitten. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass für Politik und Eltern deutlich wird, dass die Schulverwaltung alle notwendigen Schritte unternimmt, um die Schulen beim Thema Gewaltprävention und der Aufarbeitung entsprechender Vorfälle zu unterstützen.

(1)

<https://publikationen.dguv.de/widgets/pdf/download/article/5000>

Anlage/n

1 - FDPAnfrage_SAS_Gewaltprävention (öffentlich)

2 - Stellungnahme Anfrage SAS Gewalt an Schulen (öffentlich)